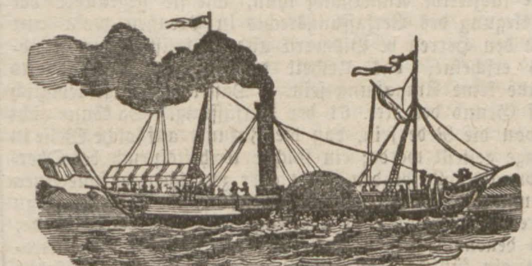
Danziger Dampfboot.

№ 95. **1863.**

Freitag, den 24. April. **34ster Jahrgang.**

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



Staats-Lotterie.

Berlin, 23. April. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 127. Königl. Klassen-Lotterie fiel 1 Hauptgewinn von 50,000 Thlrn. auf Nr. 67,969. 1 Gewinn von 5000 Thlr. auf Nr. 87,535. 5 Gewinne zu 2000 Thlrn. fielen auf Nr. 7074. 7923. 29,833. 38,612 und 54,714.

38 Gewinne zu 1000 Thlr. fielen auf Nr. 782. 2321. 2405. 10,052. 10,235. 13,907. 21,688. 21,739. 23,277. 23,578. 27,643. 31,164. 33,696. 35,033. 35,068. 39,175. 43,779. 48,258. 58,606. 59,625. 60,209. 60,644. 63,427. 63,779. 65,468. 68,173. 70,151. 71,849. 72,636. 76,410. 76,418. 77,252. 78,194. 79,726. 79,737. 82,339. 84,861 und 89,423.

49 Gewinne zu 500 Thlr. fielen auf Nr. 3639. 3759. 3950. 4253. 7216. 8320. 11,531. 14,296. 14,325. 14,874. 16,487. 17,167. 17,511. 21,641. 23,985. 24,028. 25,039. 32,410. 33,510, 37,680. 37,933. 41,094. 41,527. 43,350. 46,015. 48,942. 49,763. 50,777. 51,326. 55,314. 56,135. 64,561. 68,579. 69,617. 70,436. 70,855. 72,045. 75,567. 77,872. 83,875. 84,850. 85,727. 86,355. 87,212. 87,911. 88,071. 88,435. 92,749 und 94,702.

67 Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 554. 719. 2367. 6801. 6983. 8889. 9209. 9649. 11,166. 11,171. 11,797. 13,806. 14,189. 14,828. 15,580. 15,899. 17,984. 21,896. 24,069. 24,985. 25,391. 27,835. 29,319. 30,825. 31,752. 31,813. 36,066. 37,319. 37,537. 37,982. 38,840. 39,220. 39,892. 40,030. 41,538. 42,603. 43,617. 43,956. 47,192. 47,540. 48,348. 49,295. 49,474. 54,628. 56,048. 56,216. 56,303. 56,912. 57,436. 58,294. 58,554. 64,016. 64,297. 67,354. 67,552. 67,635. 68,989. 73,298. 77,508. 79,426. 80,109. 80,887. 90,584. 91,984. 92,383. 93,162 u. 93,585.

(Privatnachrichten zufolge fiel obiger Hauptgewinn von 50,000 Thlr. nach Kempen bei Berliner. 1 Gewinn zu 5000 Thlr. nach Küstrin bei Massute. — Nach Danzig bei Rotzoll fiel 1 Gewinn von 1000 Thlr. auf Nr. 33,696. 1 Gewinn von 200 Thlr. auf Nr. 80,109.)

Telegraphische Depeschen.

Breslau, Donnerstag 23. April.

Die „Bresl. Ztg.“ hat durch ein Telegramm von Krakau folgende Nachrichten aus Lithauen erhalten. Narbutt hat am 13. d. bei Silownia eine Abtheilung Russen aufgehoben. Ein anderer Insurgentenführer Wirlouch kämpfte am 16. siegreich bei Zyzmory. Ein dritter Mossakowiski steht mit 600 Mann bei Skalna. Das Landvolk betheiligt sich an dem Aufstande. — Jezioranski (der neben Langiewicz bei Malagoszcz kämpfte) ist an der Spitze von 800 Mann bei Tomaszow (Gouvernement Lublin, auf der Straße von Zamosc nach Lemberg) wieder zum Vorschein gekommen.

— Die „Schlesische Ztg.“ hat Nachrichten über Ostrowo erhalten. Die Grenze ist wieder offen. Ein Theil der Besatzung von Kalisch ist ausgerückt und da am 22. d. von Süden her Kanonendonner vernommen wurde, so glaubte man, daß es bei Brzezin, 1½ Meile von Kalisch, zu einem Gefecht gekommen sei. Der Fürst Wittgenstein ist nicht auf seinen Posten zurückgekehrt; es heißt, er sei auf seine Güter gegangen. Von Wilna ist unterm 19. gemeldet, daß in Volhynien und Podolien der Aufstand sich wieder regt; Bar wird wieder als der Ort genannt, bei dem die Aufständischen ein siegreiches Gefecht bestanden.

Celle, Donnerstag 23. April.

Heute ist hier der Kirchentag eröffnet. Die Versammlung bestand aus 800 Personen, worunter viele Geistliche. Pastor Pfaff wurde zum Präsidenten, v. Benningsen zum Vicepräsidenten erwählt. Die Versammlung beschloß in der Kirchenreformfrage eine Petition an den König zu senden und verschiedene Resolutionen zu erlassen.

Wien, 23. April.

Wie die heutige „Ostdeutsche Post“ meldet, wird der Reichsrath auf den 26. Mai einberufen werden.

Turin, Mittwoch 22. April.

Die heutige „Stampa“ bringt die Nachricht, daß Baden das Königreich Italien anerkannt hat. Wie dasselbe Blatt versichert, ist eine französische Note hier eingetroffen, welche Italien zum Anschlusse an die diplomatische Action der drei Großmächte in der polnischen Frage auffordert.

Stockholm, Donnerstag 23. April.

Die finnische Zeitung „Helsingfors Dagblad“ fordert in einem Artikel, der Beachtung findet, Neutralität für Finnland im Falle eines Krieges.

Kopenhagen, Mittwoch 22. April.

Heute wurde der Reichsrath eröffnet. Minister Hall verlas die königl. Botschaft in der es u. A. heißt: Ungeachtet die Bekanntmachung vom 30. März die Forderungen des deutschen Bundes möglichst erfülle und Holstein größere Freiheiten gebe, lassen doch die Mittheilungen der beiden deutschen Großmächte es außer Zweifel, daß diese Veranstaltung werde angefochten werden. Dies erschüttere jedoch nicht den Entschluß des Königs, die Unabhängigkeit und freie Entwickelung der nichtdeutschen Landestheile aufrecht zu erhalten. Die vom Reichsrathe angenommenen und vom Könige bestätigten Gesetze würden für das Königreich und Schleswig in Kraft treten. Ebenso könne der vom Reichsrath bewilligte Zuschuß zum Normalbudget verwendet werden, auch ohne Erreichung des entsprechenden Zuschusses für Holstein. Wegen der Wichtigkeit der hiermit übereinstimmenden Gesetzesvorlagen solle ein außerordentlicher Reichstag einberufen werden. Die selbstständige Organisation der Rekrutirung in Holstein und Lauenburg erheische ein neues Normalbudget für die gemeinschaftlich gebliebenen Militäranstalten. Die Zollreform sei nicht länger zu verschieben. Der Entwurf derselben berücksichtige die Wünsche des Reichsrathes und die Verständigung werde daher ohne Schwierigkeit erfolgen. Bevor das Gesetz in Kraft trete, solle den holsteinischen Ständen nochmals Gelegenheit werden, behufs Durchführung gleicher Bestimmungen für das ganze Zollgebiet dem Entwurfe beizustimmen. Eine umfassende Revision der Verfassung werde auf die ordentliche Session des Reichsrathes verschoben.

Paris, Donnerstag 23. April.

Der „Moniteur“ enthält folgende Ankündigung: Gewisse Journale gebrauchen für Kandidatur der Opposition den Ausdruck „unabhängige Kandidaten.“ Da eine solche Bezeichnung ein verwerfliches Wahlmanöver und eine Beleidignng für die Kandidaten ist, welche die Sympathie des Landes und der Regierung genießen, so wird die Verwaltung mit Strenge dagegen einschreiten.

London, Donnerstag 23. April.

Der Postdampfer „City of Washington“ mit Nachrichten aus New-York vom 11. hat in Queenstown angelegt. Die „Evening Post“ spricht von dem Gerücht, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Depeschen an den Gesandten in London geschickt habe mit der Anweisung, bei der englischen Regierung starke Remonstrationen wegen der Kriegsschiffe zu erheben, die in englischen Häfen für die Konföderirten gebaut werden. Der „Newyork Herald“ glaubt, die Wahrscheinlichkeit sei dafür, daß ein Bruch mit England wegen dessen Haltung in Betreff der Kaper nahe bevorstehe.

— Am 7. d. waren in Charleston zunächst 4 Panzerschiffe im Gefecht, die ein heftiges Feuer von den Forts Sumter, Moulhie und der Insel Morris anzuhalten hatten. Nachmittags concentrirten 8 Monitors und andere Panzerschiffe ihr Feuer allein auf das Fort Sumter; der Kampf dauerte bis 5 Uhr, wo einige Schiffe sich beschädigt aus dem Gefecht zurückzogen. Am 8. liefen 7 Monitors und cuirassirte Schiffe der Konföderirten aus dem Hafen aus; die Unionisten zeigten aber keine Neigung den Kampf zu erneuern.

— Man erwartet, daß der Angriff auf Vicksburg im Laufe der Woche beginnen wird. Der Vorschlag, den Sitz der Regierung der konföderirten Staaten von Richmond zu verlegen, ist verworfen worden.

Landtag.

Herrenhaus.

14. Sitzung, am 22. April.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 12¼ Uhr. — Am Ministertische: Graf zur Lippe, Regierungs-Commissar Geh. Justizrath Dr. Pape. — Das Haus ist sehr spärlich, die Tribünen fast gar nicht besetzt. —

Der Präsident theilt ein Schreiben des Handelsministers mit, wonach 50 Exemplare des Verwaltungsberichts der preußischen Bank zur Verfügung gestellt worden sind. Der Finanzminister hat die Uebersichten der Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1862 nebst Anlagen in 240 Exemplaren an das Büreau des Herrenhauses übergeben. Es folgen geschäftliche Mittheilungen; darunter eine Anzahl Ersatzwahlen für Commissionen.

Der Präsident zeigt an, daß der Fürst von Putbus, nachdem er sein 30. Jahr vollendet, nunmehr auf Grund der königl. Verordnung vom Jahre 1854 in das Herrenhaus eingetreten sei. Indem er denselben als Theilnehmer an den Arbeiten des Hauses begrüßt, fordert er ihn auf, den Verfassungseid zu leisten. Der Fürst leistet hierauf den Eid vorschriftsmäßig — Der Präsident theilt ferner mit, daß eine Mißtrauensadresse an das Abgeordnetenhaus aus Winzig eingelaufen sei mit 1558 Unterschriften und zwei Ansprachen des kirchlich patriotischen Vereins; dieselben sind auf dem Büreau einzusehen.

Das Haus tritt darauf in die Tagesordnung ein, deren erster Gegenstand ist: der Bericht der Justiz- und Handels-Commission über den Gesetzentwurf, betreffend die Gerichtsbarkeit der Consuln. Der Berichterstatter Jaehnigen vertheidigt die Commissionsanträge, dieselben treffen nicht das Wesen des Entwurfs. (Minister-Präsident v. Bismarck ist eingetreten.)

Justizminister Graf zur Lippe: Er halte es für nothwendig, einigen in der Commission zu Tage getretenen Ansichten gegenüber Namens der Regierung zu äußern. Man habe zunächst die Bedürfnißfrage bestritten. Dieselbe sei indeß unbedenklich zu bejahen. Es sei nothwendig, daß der Consul wisse, nach welchem Recht er zu urtheilen habe, namentlich, da drei Gesetzgebungen in der Monarchie (das Allgemeine Landrecht, das gemeine Recht und das Rheinische) mit einander concurrirten. — Es sei ferner eine gesetzliche Basis für den Instanzenzug festzustellen, der bis jetzt in keiner Weise bestimmt gewesen sei, da namentlich für die dritte Instanz das Obertribunal sich nicht für competent zur Entscheidung von consulargerichtlichen Angelegenheiten erachtet habe. Es komme hinzu, daß neuerdings Verträge mit China, Japan und Siam geschlossen seien, für welche Länder doch das hundertjährige Gewohnheitsrecht des Orients keine Basis dem Consul geben könne. Auch der zweite Einwand, daß die Regierungsvorlage mit der Verfassung nicht in Uebereinstimmung stehe, sei nicht zutreffend. Man habe in dieser Beziehung behauptet, daß der Art. 7 Ausnahmegerichte verbiete, und die Consulargerichte, welche den Gesetzentwurf feststelle, dazu gehörten. Man könne dieselben aber doch höchstens in Bezug auf das Ausland Ausnahmegerichte nennen, für Preußen sollten es eben gesetzlich festgestellte ordentliche Gerichte sein. — Der Art. 91 der Verfassung begründe überdies eine Exemtion zu Gunsten von Gerichten für besondere Klassen von Angelegenheiten und zu diesen würde auch die Consulargerichte zu rechnen sein. Der Art. 86 und ff. der Ver-

fassung, welche man in derselben Rücksicht angezogen (wonach das Rechtsprechen nur unabhängigen unabsetzbaren, in der gesetzlich allgemein vorgeschriebenen Art befähigten Richtern übertragen werden soll) stehe auch nicht entgegen, da ja auch sonst streitige Sachen von nicht gelehrten Richtern entschieden würden. Ueberdies sei der Art. 86 nur in Verbindung mit Art. 1 der Verfassung aufzufassen, wonach die Verfassungsurkunde für den „preußischen Staat“ erlassen sei, also nur für die der preußischen Landeshoheit unterworfenen Gebiete, und auf Länder wie China, Japan, Siam u. s. w. nicht anwendbar sei. Die Jurisdiktion sei in diesen Ländern ein Attribut der dortigen Landeshoheit und werde nur vertragsmäßig den diesseitigen Consuln übertragen. Er bitte daher das Gesetz anzunehmen. — Die Generaldiscussion wird hierauf geschlossen. — (Die Minister Graf v. Itzenplitz und v. Bodelschwingh sind eingetreten.)

Nachdem der Ref. Jähnigen den §. 1 in der Fassung der Kommission befürwortet, erbittet sich der Justizminister zur Spezialdiskussion das Wort, um Namens der Regierung seine Zustimmung zu den Abänderungen der Kommission zu erklären.

Die einzelnen Paragraphen werden hierauf in der Fassung der Kommission ohne Debatte angenommen.

Es folgt der zweite Bericht der Justiz-Kommission über den Gesetzentwurf wegen Aufhebung der lex Anastasiana in den Landestheilen gemeinen Rechts. Das Abgeordnetenhaus hat bei Berathung dieses Entwurfs in der Eingangsformel die Worte: „nach Anhörung der Provinziallandtage der Rheinprovinz und der Provinz Pommern“ gestrichen; die Kommission des Herrenhauses schlägt (mit 6 gegen 3 Stimmen) die Beibehaltung jener Worte vor. — Nachdem der Berichterstatter Herr Jähnigen kurz die Motive der Kommission auseinandersetzt, äußert sich Hr. Senfft v. Pilsach gegen die Streichung der fraglichen Worte.

Herr Tellkampf: Die Wiederherstellung der Eingangsformel: „Nach Anhörung der Provinziallandtage“ würde ohne praktische Bedeutung sein; denn da der Art. 92 der Verfassung bestimmt, daß die gesetzgebende Gewalt durch den König und die beiden Kammern ausgeübt wird, so hat es auf die Gültigkeit der Gesetze keinen Einfluß, ob man außerdem die Provinzialstände hört. Das Gesetz vom 24. Mai 1853, Art. II., hat die Provinzialstände nur so weit aufrecht erhalten, als sie mit der Verfassung vereinbar sind.

Hr. v. Meding: Bei der Streichung sei die Majorität des Abgeordnetenhauses von prinzipiellen Motiven ausgegangen; man habe theils damit das Recht der Provinziallandtage in Abrede stellen, theils das Zustandekommen des Gesetzes hintertreiben wollen; wenn nun das Herrenhaus in früheren ähnlichen Fällen nachgegeben, weil es sich nur um eine leere Form handle, so liege die Sache hier doch anders.

Justizminister: Die Staatsregierung sehe die Frage keineswegs als wichtig an. Ein prinzipiell nothwendiges Requisit für die Eingangsformel sei nach Art. 92 der Verfassung nur die Constatirung der Uebereinstimmung des Königs und der beiden Häuser. Eine constante Praxis in Bezug auf die Erwähnung der Thatsache, daß die Provinzialstände gehört seien, habe nicht existirt, man könne somit auch nicht von einem Gewohnheitsrecht reden. Wenn die Regierung jetzt wie in andern Fällen die Formel aufgenommen, so lege sie doch keinen wesentlichen prinzipiellen Werth darauf. Wenn man sage, durch Wiederherstellung der Formel werde das Recht der Provinzialstände gewahrt, so müsse er widersprechen; dieses Recht sei von der Staatsregierung in keiner Weise angegriffen. — Nachdem noch einige Redner das Wort gehabt, wird die Beibehaltung der fraglichen Worte mit großer Mehrheit beschlossen. (Die Minister stimmen mit der Minorität, der neu eingetretene Fürst Putbus mit der Majorität.)

Die beiden letzten Gegenstände der Tagesordnung: die Novelle zur allgemeinen deutschen Wechselordnung (deren Tragweite der Justizminister betont) und der Gesetzentwurf wegen Einführung der Klassensteuer in Zaborowo — werden ohne Diskussion durch Annahme erledigt. — Schluß der Sitzung 3½ Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

Haus der Abgeordneten.

35. Sitzung, am 22. April.

(Schluß.)

Als Antragsteller des Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes resumirt Abg. Immermann die Gründe, welche den Antrag hervorgerufen; er bezeichnet als solche 1) das allgemeine constitutionelle Dogma von der Unverletzlichkeit der Krone und der Verantwortlichkeit der Minister, 2) die specielle Bestimmung des Art. 61 der Verfassung und die Erfahrungen, welche seit ihrem Erlaß in dem Zeitraum von 13 Jahren der Bestimmung zur Seite ständen. 3) die gegenwärtige Situation. In der Adresse an Se. Maj. den König sei die schwere Beschuldigung gegen die Minister ausgesprochen, daß sie die Verfassung verletzt hätten, solchen Aussprüchen müsse man im Stande sein Folge und Geltung zu verschaffen, oder man müsse ganz davon fern bleiben. 4) die Rücksichtnahme auf die Minister selbst und auf ihr eigenes Interesse. Es sei eine Anklage gegen die Minister erhoben worden von dem Hause; getheilt von dem Volke, werde ihr zugestimmt von der Presse des In- und Auslandes, da sei es Pflicht, ihr durch ein Gesetz entgegenzukommen. Redner verweist auf die Geschichte der bisher versuchten Gesetzgebung auf diesem Gebiete und bezeichnet die Rede des Ministerpräsidenten als einen „Einwand“, wie man deren mehr gehört. Antragsteller und Commission hätten sich streng an die Verfassung gehalten, die einzige Absicht gehe dahin, die Verfassung zu erhalten, nichts mehr und nichts weniger. — Abg. Gneist betont als Referent die Verdienste des allgemein verehrten und unvergeßlichen Präsidenten Wentzel um die früheren Berathungen und Arbeiten in Bezug auf dies Gesetz, er spricht sich gegen die Bedenken des Abg. John (Labiau) aus und hält die Uebereinstimmung, welche sich im Hause bekunde, für ein erhebendes Argument in Ansehung der Bedürfnißfrage. Die Ruhe in der Debatte spreche genugsam dafür, daß die Verfassung bei uns schon recht tiefe Wurzeln geschlagen. Ein neues Moment in der ganzen Frage sei allerdings die Rede des Ministerpräsidenten. Nichts sei seltsamer als die Auffassung, daß der höchste Gerichtshof, welcher zur Rechtsentscheidung bei der Anklage gegen die Minister berufen werden solle, die Verfassung interpretiren würde; nicht zur Interpretation, sondern zur Rechtsprechung würde das Obertribunal berufen werden, Recht zu sprechen gegenüber dem, was unrecht ist. Wie sei es denn da möglich, von der subjectiven Autorität eines Richter-Collegiums für die Auslegung der Verfassung zu sprechen? das könne nur eine subjective Anmaßung thun, wie sie gegenüber der Auslegung des Verfassungsrechts in Preußen wohl nur von den Herren v. Bismarck und v. Kleist-Retzow glaublich erscheine; das Urtheil des höchsten Gerichtshofes könne keine Anmaßung sein. Dasselbe erfolge lediglich auf Grund des Art. 61 der Verfassung. Da könne nicht davon die Rede sein, daß die Zukunft auf solche Weise in Frage gestellt werde; ein solcher Urtheilsspruch des Obertribunals solle binden, nicht aber zerreißen, er solle einen Damm aufrichten, gegen den Versuch, die Verfassung zu zerreißen. Redner ist überzeugt, daß dieselben Gründe, aus denen die jetzige Regierung das Gesetz nicht sanctionirt, ein künftiges Ministerium veranlassen werden, solche Handlungen zu unterlassen. — Der Cultusminister: Es handle sich hier nicht um persönliche Fragen, es sei eben so leicht, persönliche Anklagen gegen die Minister zu erheben, als diese ihren Urhebern zurückzuweisen. Es handle sich um die höchsten Güter des Vaterlandes, denen gegenüber die Minister daständen im vollsten Bewußtsein ihres Gewissens, des Eides, den sie auf Treue gegen König und Verfassung geschworen. Ueber das Gewissen könne auch kein Obertribunal entscheiden. Hier handele es sich um eine Zukunftsfrage, in welcher sich das Abgeordnetenhaus keine Entscheidung anmaßen dürfe. Die Minister ständen vor dem Richterstuhle der Geschichte und vor einem höhern Richterstuhle, welchem sie verantwortlich seien. Die Minister fragten sich lediglich, was frommt dem Vaterlande und was seiner Zukunft und wußten wohl, daß es sich von Seiten des Hauses nur um die Frage handle, ob die Macht bei der Krone bleiben oder in die Hand des Hauses gelegt werden solle. (Große Unruhe, wiederholte Zeichen mit der Glocke.) So sei die Frage eine politische von der höchsten und tiefsten Bedeutung, welcher gegenüber das Ministerium alle Beschuldigungen gegen sein Verfahren zurückweisen müsse. Die allgemeine Debatte ist wieder aufgenommen. Am Ministertische waren der Cultusminister und einige Regierungs-Commissare anwesend. Minister v. Bismarck hatte gleich nach seiner Rede das Haus verlassen. Herr v. Gottberg erklärt sich gegen das Gesetz, weil es einerseits für unstatthaft, andererseits für resultatlos hält. Abg. Virchow: Der Cultusminister wälze die Schuld der Verfassungsverletzung auf das Abgeordnetenhaus, das sei allerdings eine neue Phase in dem jetzigen Conflikt. Wer über das Gesetz von 1848 in die Zeit des ungeschmälerten Absolutismus zurückgehe, sei nicht conservativ, sondern revolutionär. Das Haus, indem es das jetzige Gesetz in Ausführung der Verfassung beantrage, beweise damit, daß es seine Pflicht thun und nicht zur Zerstörung sondern zur Ausbauung der Verfassung die Hand biete. Das Haus wolle das Gesetz gegenüber der Gewalt, die allmälich dem Staatsstreiche entgegenschreite: gerade gegen diesen wolle das Gesetz schützen, weise man dies zurück so möge man die Schuld wenigstens nicht auf das Abgeordnetenhaus wälzen. — Damit schließt die Generaldebatte. Der Referent bemerkt, daß das Haus keine Entscheidung abgegeben, sondern als Kläger eine solche vom höchsten Gerichtshofe, dessen Mitglieder vom König berufen, fordere; es fordere Nichts, als was die Verfassung im Art. 61 verordne, den der Cultusminister beschworen habe. Die Ministerverantwortlichkeit sei 500 Jahre älter als die Abschwächung des Königthums, welche aus dem Mißbrauch der königlichen Gewalt entstand.

Man geht hierauf zur Specialdiscussion und Abstimmung über die einzelnen Paragraphen. §§. 1—4 werden ohne Debatte angenommen. Zu §. 5 nimmt der Ref. Abg. Dr. Gneist das Wort, um sich gegen das erste Amendement Reichensperger zu erklären. Das Beispiel Amerika's sei nicht maßgebend; dort hätten die Gerichte eine politische Grundlage. Das Amendement würde der Miniverantwortlichkeit eine rein politische Färbung geben; die Entscheidung des Gerichtshofs blos darüber, ob Jemand Minister bleiben solle oder nicht, würde bald von Zweckmäßigkeitsgründen beeinflußt sein und den höchsten Gerichtshof dem rechtlichen Boden entfremden. — Abgeordneter Reichensperger (Geldern) befürwortet nochmals sein Amendement: Die Entscheidung habe ja nur zum Gegenstande die Rechtsfrage, ob ein Staatsgrundgesetz verletzt sei. Es handle sich übrigens um ein Ausnahmegericht; eine gewisse politische Färbung sei nicht zu vermeiden. Bedenklich sei allerdings, daß nach seinem Amendement die Minister wegen derselben Handlung vom Tribunal verurtheilt, von den ordentlichen Gerichten werden freigesprochen werden können. Das sei aber seines Erachtens ein geringeres Uebel. — Nach einer kurzen Replik des Referenten wird das Amendement Reichensperger abgelehnt, (dafür die Katholiken und von den Altliberalen die Abg. v. Vincke, v. Auerswald, v. Patow, während Simson, Schubert dagegen stimmen) und §. 5 angenommen. — Zu §. 6 nimmt der Abg. Osterrath das Wort, da Alinea 2 nicht correct ausdrücke, was es sagen solle. Abg. v. Carlowitz befürwortet sein Amendement, das eine nothwendige Ergänzung des Entwurfs bilde. Abg. Dr. Waldeck hat sein Amendement eingebracht, in §. 6 Alinea 2 die Worte „diese Dauer umfassende“ zu streichen, dergestalt, daß, wenn eine Sitzungsperiode nicht 6 Wochen dauert, das Anklagerecht dem Hause für die nächste Sitzungsperiode vorbehalten sein soll. Dies Amendement wird ausreichend unterstützt. Nachdem Abg. Waldeck dasselbe kurz motivirt, befürwortet Abg. Immermann und der Referent die gestellten Amendements gegenüber der Fassung des Entwurfs. §. 6 wird hierauf mit dem Amendement Carlowitz angenommen, das Amendement Waldeck abgelehnt. §§. 7. 8 werden unter Ablehnung des zweiten Reichensperger'schen Amendements, §. 9 ohne Debatte angenommen. — Zu §. 10 sprechen die Abgg. Reichensperger (Beckum) und v. Mallinckrodt das Bedenken aus, daß ein von der Majorität des anklagenden Hauses, also einer Partei, gewählter Ausschuß das ganze Material zusammen stellen solle, was doch Sache des Richters sei. Der Abg. v. Mallinckrodt erklärt ferner, daß er nach Ablehnung des Amendements Reichensperger und Annahme des §. 10 gegen das ganze Gesetz stimmen werde, obgleich er mit dem Princip einverstanden sei, damit nicht in spätern Sessionen wiederum als ein Act der Parität die Annahme des von den Vorgängern in diesem Hause einstimmig votirten Entwurfs gefordert werden könne. Abg. Immermann: Der Ausschuß habe nur die Functionen des Staatsanwaltes. Referent Abg. Gneist: es handle sich nur um Beschaffung zuverlässigen Materials für die Anklage. — §. 10 wird angenommen. Ebenso ohne Debatte die §§. 11—20. Zu §. 21 motivirt Abg. v. Carlowitz sein oben mitgetheiltes Amendement. Dasselbe wird angenommen. Ebenso der ganze §. 21, ferner die §§. 22—34 ohne Diskussion. — Die Abstimmung über den ganzen Entwurf wird in der nächsten Sitzung erfolgen.

Abg. Dr. John (Labiau) bemerkt persönlich, daß er der Erwartung des Referenten gemäß für das Gesetz stimmen werde, nicht weil er mit dessen Inhalt einverstanden sei, sondern als Protest gegen die Erklärungen vom Ministertische. Schluß der Sitzung 3¼ Uhr.

Rundschau.

Berlin, 23. April.

— Die Befürchtungen, daß die polnische Frage auf einen kriegerischen Conflikt hinauslaufen werde, nehmen eine immer greifbarere Gestalt an. Wir begegnen denselben hier bei Personen, die durch ihre Stellung und Erfahrung in den Stand gesetzt sind, ebensowenig Einsicht von dem Gange der Dinge zu erhalten, als ein competentes Urtheil darüber zu fällen. Nach der Auffassung derselben ist es unzweifelhaft, daß die neapolitanische Politik auf ein solches Endziel hinarbeitet; fragen kann es sich nur, ob es ihr gelingen werde, der Verwickelung eine solche Wendung zu geben, daß eine kriegerische Aktion Frankreichs mit sicherer Aussicht auf einen günstigen Erfolg unternommen werden könne. Hierzu ist vor allem die Neutralität Englands und Oesterreichs erforderlich, und der erste Schritt, sich dieselbe zu sichern, ist geschehen durch die gleichzeitige Verwendung der drei Cabinette zu Gunsten Polens in St. Petersburg. Hierin liegt die große, noch nicht aller Orten gehörig erkannte Bedeutung dieses Schrittes. Um dieser Neutralität willen ist es aber ferner wahrscheinlich, daß in erster Linie die französischen Bestrebungen einen Conflikt mit Rußland, mit vorläufiger Umgebung Preußens, im Auge haben. Die vorzeitige Erweckung der Befürchtungen eines Rheinkrieges würde leicht die französischen Pläne zum Scheitern bringen. Dies hat der Mißerfolg des Versuches, England und Oesterreich zu einem gemeinschaftlichen Vorgehen gegen Preußen mit identischen, gegen die Convention vom 8. Febr. protestirenden Noten Napoleon III. erkennen lassen.

— In der heutigen Sitzung des Budget-Ausschusses war kein Minister anwesend. Die officielle Besichtigung des Staatsschatzes durch einen Referenten und Correferenten ward Seitens der Regierung verweigert. Der Bestand soll 20½ Mill. Thaler betragen. Bei der Berathung des Militäretats wurde der Standpunkt der Referenten, Abg. v. Vaerst (Wiederholung der Streichung aller Kosten für die Armeereorganisation wie im vorigen Jahre) alljährig acceptirt. Es soll ferner die Vereidigung aller Beamten des Kriegsministeriums auf die Verfassung gefordert werden.

— Der Abg. Reichenheim wird, unterstützt von der Fortschrittspartei, einen Antrag zur Vorlage einer speciellen Rechnung über die Verwaltung des 5 Mill. Thlr. betragenden Betriebsfonds der Staatskasse aus den Jahren 1860 und 62 einbringen. Die Motive sind, daß man erst nach einer Vorlage genau im Stande sein werde, die Rechnungen des vergangenen Jahres, das so großen Ueberschuß gewähre, zu prüfen.

— Wie ein Telegramm aus Krakau meldet, beträgt der Verlust der Russen in dem Gefecht mit Lelewel 60 Todte (darunter 2 Offiziere). Die Russen haben sich auf Janow zurückgezogen. Ein ferneres für die Polen glückliches Gefecht hat bei Minsk stattgefunden.

— Durch mehrere Zeitungen geht die Nachricht, daß der praktische Arzt Dr. Hirsch aus Danzig zum ordentlichen Professor der Geschichte der Medizin an der hiesigen Universität ernannt sei. Wie die „Voss. Z.“ vernimmt, ist der Sachverhalt dabei folgender. Das Kultusministerium hätte die Anstellung des Herrn Dr. Hirsch einseitig in Aussicht genommen, weil der Herr Minister v. Mühler auf die Vertretung jener Disciplin ein sehr großes Gewicht lege, und der Dr. Hirsch als Verfasser einer historisch-geographischen Pathologie dazu besonders geeignet erscheine. Ihrerseits hätte die medizinische Fakultät gegen ein derartiges Vorgehen einen einstimmigen und sehr energischen Protest dem Herrn Minister durch eine Deputation überreichen lassen. Darin soll unter Anderm hervorgehoben sein, daß bei den an der Universität bereits vorhandenen Lehrkräften das Bedürfniß weiterer Vertretung für jene Disciplin gar nicht vorliege, namentlich in einer Zeit, wo es in der Medizin so viele andere und nützlichere Dinge zu lernen giebt; daß das Ministerium doch lieber zuerst die wichtigeren Bedürfnisse der Fakultät an gewissen Lehrmitteln (Lehrstuhl für Geisteskrankheiten, Anatomiegebäude u. dgl. m.) berücksichtigen möge, woran schon so oft erinnert worden sei u. s. w. — Wie die Zeitungen berichten, ist die Ernennung des Dr. Hirsch trotzdem erfolgt.

— Ein bedeutender Bau, dessen Ausführung noch dieses Jahr begonnen werden soll, steht Berlin in dem Bahnhofe der Ostbahn bevor, welcher durch die Fortsetzung dieses Schienenweges bis Berlin nothwendig wird. Es sind 1 Mill. 400,000 Thlr. für dieses Gebäude ausgeworfen, was zu der Hoffnung berechtigt, daß wir hier einmal einen Bahnhof erhalten werden, der der Hauptstadt des Landes würdig sein wird. Der Platz soll vor dem Landsberger Thore in der Nähe des Viehkruges ausersehen sein.

— Heute Nacht wurde die Post auf dem Potsdamer Bahnhof um etwa 3000 Thlr. bestohlen. Die Diebe sind mittelst Nachschlüssels in die Posträume gelangt. Bis jetzt ist trotz aller Bemühungen der Polizei von den Dieben keine Spur zu ermitteln gewesen.

Paris, 19. April. Die Nachricht, daß Herr v. Seebach als Ueberbringer eines eigenhändigen Briefes des Kaisers an den Czaren nach St. Petersburg reise, erweist sich als unbegründet. Der sächsische Diplomat begiebt sich allerdings nach St. Petersburg, aber lediglich in Familienangelegenheiten und ist seine Reise der Politik gänzlich fremd. Damit fallen denn auch jene Gerüchte, welche in diesem Briefwechsel der beiden Kaiser das Vorspiel zu einem neuen französisch-russischen Krieg sehen wollen, in sich zusammen. Wie überhaupt, der „Opinion nationale" zum Trotz, die Stimmung heute eine weniger kriegerische als in den letzten Tagen ist und obwohl über die Natur der von Rußland zu erwartenden Antwort auf die Noten der drei Mächte begreiflich noch keinerlei Nachrichten vorliegen, glaubt man sich heute doch der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß jene Antwort nicht unbedingt ablehnend lauten, vielmehr Rußland sich zu Concessionen bereit zeigen werde. (Ob ein in Anlaß der polnischen Frage geschriebener eigenhändiger Brief des Kaisers Napoleon, der, wie wiener Blätter berichten, durch den Herzog von Grammont dem Kaiser Franz Joseph übergeben wäre, ebenfalls in das Reich der Fabeln verwiesen wird, bleibt abzuwarten.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, den 24 April.

— Am nächsten Freitag, den 1. Mai, werden die Mitglieder des hiesigen Theaters Hr. Kurz und Hr. Epple eine musikalisch-declamatorische Abschieds-Akademie im großen Saale des Schützenhauses veranstalten. Die Herren Wolfsohn, Rudolph Dentler, Concertmeister Schmidt, Frau Mathilde Kurz und die hervorragendsten Mitglieder der Oper und des Schauspiels unseres Theaters haben ihre Mitwirkung versprochen. Es ist deshalb zu erwarten, daß diese Abschieds-Akademie einen großen Anklang bei dem kunstliebenden Publicum finden werde.

— Wie es scheint, hat der Verschönerungs-Verein keineswegs die Absicht aufgegeben, die Strecke zwischen dem Olivaer und Neugarter Thor in Obhut zu nehmen und sie durch Anpflanzungen in eine anmuthige Promenade umzuwandeln.

— Der hiesige Stenographen-Verein hält morgen eine General-Versammlung.

— Vorgestern Abend fiel eine Arbeiterfrau am Schwarzen Meere beim Wäschespülen vom dortigen Steege in die Radaune, wurde aber, ohne weiteren Schaden zu nehmen, von einem vorbeigehenden Herren aus dem Wasser gezogen.

— Das Schulhaus zu Weichselmünde soll durch einen Anbau vergrößert werden.

Nachrichten aus Posen und Polen.

Aus Warschau, 19. April, theilt die „Ostſ. Ztg." folgendes Schreiben ihres dortigen Korrespondenten mit: Meinen heutigen Bericht muß ich damit beginnen, die in meinem Briefe vom 9. mitgetheilte Begebenheit, welche in der Charwoche in Szczucin sich ereignet, zu berichtigen, resp. zu ergänzen, zumal meine damalige Vermuthung, daß zu einem Morde, wie der besprochene auch eine Veranlassung gewesen sein müsse, sich bestätigt. Zufolge ausführlicher Mittheilung, die um so glaubwürdiger ist, als sie von einem bei dem Vorfall zugegen gewesenen Familienmitgliede herrührt — hatten sich 4 Insurgenten auf dem Swiderskischen Gute eingefunden und waren, von Russen verfolgt, beim Herannahen derselben auf dem Edelhofe versteckt worden. Die Russen, nur 6 an der Zahl, wurden hereingelockt, dann aber gefangen und 2 davon ermordet, während zwei zu entkommen und Hülfe herbeizuholen vermochten. Inzwischen hatte sich der Gutsherr mit seinen Leuten bewaffnet, und als ein starkes Kommando Kosacken herankam und vor Allem die Auslieferung der versteckten Insurgenten, so wie der gefangenen Soldaten, wurde dasselbe von Bauern und Anderen angegriffen. Das hierauf folgende Gefecht endete mit dem Verlust von 13 Todten, worunter 4 Insurgenten und die älteste Tochter des Gutsbesitzers. Dieser selbst wurde nur im Gesicht verbrannt, die Frau erhielt einen leichten Säbelhieb in den Arm und dem erwachsenen Sohn wurde ein Bein zerschmettert. Die jüngeren Kinder entkamen, während der Edelhof in Flammen aufging. Ich halte es für Pflicht, diese Affaire so umständlich zu beschreiben, weil heutzutage zu viele Lügen, je nach dem Parteistandpunkte, verbreitet werden und ein Korrespondent nicht immer Zeit hat, Alles hinreichend zu prüfen. — Der amtliche „Dziennik Powszechny" von heute enthält eine für das geschäftliche Publikum nicht unwichtige Mittheilung. Die bei der Kanzlei des Großfürsten Statthalters bestehende Abtheilung für Zollwesen macht nämlich die Verwarnung bekannt, daß die beim Ueberfall des Zollamtes in Sosnowice (Oberschles. Grenz-Eisenbahnstation) durch die Insurgenten außer anderen Werthpapieren geraubten 5pCt. Reichsbankbillets, 14 Stück a 100 Rb., 21 Stück a 500 Rb. und 19 Stück a 1000 Rb., zusammen im Nominalwerth von 30,900 Rb. außer Cours gesetzt sind, daher Jedem, zur Vermeidung seines Schadens, von deren Ankauf abgerathen wird. — Vorige Nacht sind hier wieder viele Wagen mit Verwundeten und ein bedeutender Transport Gefangener nach der Citadelle gebracht worden. Auch gingen mehrere Detachements-Truppen nach der Provinz ab. Es sollen wieder verschiedene kleine Scharmützel vorgekommen sein, die ihren gewöhnlichen Verlauf nahmen. General Berg hält fast täglich Inspection der Truppen ab und bemüht sich die während des Kommandos des kränklichen, jetzt beurlaubten Generals Ramsay gelockerte Disciplin wieder herzustellen. Die vom Revolutions-Comité von Neuem ausgeschriebenen 5pCt. und 10pCt. Steuern beginnt man bereits wieder einzuziehen.

— Der Correspondent der Times schreibt a. Krakau: Es ist erstaunlich, mit welcher Beharrlichkeit die österreichische Regierung es in Abrede stellt, daß österreichische Offiziere oder Soldaten von russischen Truppen getödtet worden sind. Mehrere österreichische Militairs haben russische Kugeln in den Leib bekommen. Vielleicht will die Regierung damit sagen, die Verwundeten seien aus Kummer darüber gestorben, daß sie nicht im Stande gewesen die Kugeln herauszuziehen. Es ist ganz sicher, daß vor einigen Tagen eine große Anzahl Polen an dem Begräbnisse eines österreichischen Offiziers theilnahm, weil er im Kampfe gegen die Feinde Polens gefallen war. Auch wurden verwundete Oesterreicher nach einem scharfen Rencontre mit einer Abtheilung Kosacken, welche einige Insurgenten nach Galizien hinein verfolgt hatte, in das Grenzdorf Bolechowice gebracht. Die Thatsachen sind zu bekannt. Selbst wenn solche Fälle nicht vorgekommen wären, wie würde sich die Regierung zu jenen Ereignissen verhalten, daß friedliche Unterthanen geplündert, beschimpft und verwundet worden sind, während sie nominell unter österreichischem Schutze standen? — Die Grenze ist jetzt beiderseits, von Russen wie Oesterreichern, mit großer Strenge bewacht; aber die russischen Posten, obgleich im Ganzen bedeutend stärker, sind weiter enfernt, als sie es kurz nach der Aufhebung von Langiewicz' Lager waren. Es ist jetzt leichter die Grenze zu überschreiten, als vor 14 Tagen. In baldiger Zukunft werden einige Punkte mehr übrig bleiben, an denen die Russen nicht verwundbar sein werden.

Ostrowo, 21. April. Die beiden russischen Offiziere, welche aus Kalisch gestern Abends hier eingetroffen sind, waren der russische General Wittgenstein und sein Adjutant. Beide sind, nachdem sie einige Stunden mit den hier garnisonirenden höheren Offizieren, wie man sagt, conferirt hatten, mit der Post nach Rawitsch abgereist, um sich von dort auf dem nicht mehr ungewöhnlichen, allein sicheren Umwege mit der Eisenbahn nach Warschau zu begeben. — Die in Pleschen in den letzten Tagen der vorigen Woche angehaltenen 24 Pferde mit denen die mit Waffen und Pulver beladenen Wagen bespannt waren und welche von ihren Führern verlassen wurden, sind gestern denjenigen Personen, welche sich als Eigenthümer derselben legitimirt hatten, gegen die schriftlich abgegebene Erklärung, diese Pferde auf jedesmaliges Verlangen zu gestellen, zurückgegeben worden. Dagegen befinden sich die angehaltenen Waffen und das Pulver noch in gerichtlichem Gewahrsam. Letzteres wird in einer Quantität von 13 Centnern in einem Gelaß der hiesigen Frohnveste aufbewahrt.

— Reisende, aus Polen kommend, theilen mit, daß gestern, am 18. d., ein großer Haufe Insurgenten, gegen 1000 Mann stark, in Slupce eingerückt sei, dort die russischen Adler von allen öffentlichen Gebäuden herabgerissen, in Ermangelung von polnischen Adlern vorläufig polnische Kokarden angebracht und die russischen Kassen in Beschlag genommen habe. Ein Mann daselbst, den sie für einen Spion hielten, wurde von ihnen hinter der Stadt aufgehenkt. Ferner haben sie ein polnisches Dienstmädchen, das ein Liebesverhältniß mit einem russischen Soldaten unterhalten hatte, ebenfalls fortgeführt und ihr 50 Ruthenhiebe gegeben, für etwaige Mittheilungen von den Bewegungen der Polen, die sie ihrem Liebhaber gemacht haben könnte. Schließlich hat man sie aber, nach überstandener Exekution, halbtodt vor Schmerz und Schreck, in Freiheit gesetzt. — Dicht an der preußischen Grenze, bei dem Dorfe Babin, haben preußische Grenzzollbeamte einige hundert Mann Insurgenten außerordentlich gut bewaffnet und zum Theil sehr gut uniformirt, vorbeiziehen sehen. Die Grenzbeamten wurden von ihnen angesprochen und machten dabei die Bemerkung, daß diese Leute von lauter französischen Offizieren geführt wurden, die der polnischen und deutschen Sprache unkundig, sich nur durch einige dolmetschende Edelleute verständigen konnten. Sie zogen nach der Gegend nördlich von Konin hin, auf welches ebenfalls nächstens ein Angriff gemacht werden wird. — Bei dem Einrücken der Insurgenten in Slupce hat ein Anführer derselben öffentlich auf dem Marktplatze daselbst eine patriotische Rede gehalten und am Schlusse derselben den Bürgermeister von Slupce der provisorischen Regierung den Unterthaneneid schwören lassen. Gestern Nacht haben sich im Gnesener Walde über 300 hiesige polnische Unterthanen versammelt und dann, wohl bewaffnet, die Grenze überschritten.

Stadt-Theater.

Zum Benefiz für Hrn. Klickermann kamen gestern eine Gesangsposse von Georg Stark und das Schneider'sche Genrebild: „Der Kurmärker und die Picarde" zur Aufführung. Der ursprüngliche Titel der Posse ist zum Zweck der Benefiz-Vorstellung verändert worden und heißt in seiner Veränderung: „Von Berlin nach Danzig". — Eine innere Verwandlung des Stückes, welches nach bekannter Possenmanier eine Vergnügungsreise vorstellen soll, ist dadurch jedoch nicht herbeigeführt. Uebrigens thut bei dergleichen Stücken der Name nichts zur Sache, wie denn auch die Angabe des Orts der Handlung unwesentlich ist. Ob uns gesagt wird, diese oder jene Scene spielt auf dem Hamburger Berg oder sie spielt auf unserm Bischofsberg, das bleibt sich ganz gleich. Denn individuelles Leben ist in dergleichen Productionen nicht; es ist Alles über einen Leisten geschlagen. — Die in Rede stehende Posse läßt ihren Hauptmangel durch die frische und lebendige Musik, mit welcher sie ausgestattet ist, vergessen; denn der so außerordentlich gewandte Componist, Hr. Stiegmann, hat für dieselbe sein ganzes liebenswürdiges Talent und seinen Fleiß eingesetzt. Die Darstellung, welche die Posse gestern bei uns erfuhr, war gleichfalls fleißig, frisch und lebendig. Hr. Klickermann spielte und sang als Schulze Sohn mit einer großen künstlerischen Leichtigkeit, was ihm reichen Beifall verschaffte. Frau Dill als Krampelhubern bewährte gleich Hrn. Metz (Gauner Repping) das oft anerkannte Talent für Characteristik. Hr. Reuter (Schulze Vater) und Hr. Simon (Müller) leisteten, ersterer als Characterdarsteller und letzterer als Komiker, Vortreffliches, wie denn auch Hr. Ubrich aus der ihm anvertrauten kleinen Rolle alles Mögliche machte. — Die Darstellung des Schneider'schen Genrebildes war eine solche, wie wir sie noch nie gesehen. Kinder setzten sie in's Werk. Nun, die Kleinen können ja auch einmal die Rollen der Großen spielen. Erweisen sich doch die Großen oftmals sehr klein; warum sollten die Kleinen nicht einmal groß sein wollen? Der Kleinste von denen, die gestern „Kurmärker und Picarde" spielten, war der kleine Carl Dibbern, der als Unteroffizier Düwecke erschien. Wenn die ausgewachsenen Künstler, die auf ihren großen und berühmten Namen reisen, stets eines solchen Beifallssturmes, wie ihn dieser allerliebst ausstaffirte kaum achtjährige Acteur empfing, sich stets erfreuen dürften: dann würden sie zufrieden sein. Ein solcher Beifallssturm würde aber nicht selten ihren Kopf verwirren; wie hätte er also diesem so blutjungen Acteur nicht einige Verlegenheit bereiten sollen! — Doch er überwand sie als guter preußischer Unteroffizier siegreich. Die kleine Rosa Both, welche die Fermière Marie gab, zeigte in der That ein Talent, das überraschen muß. Unverkennbar bekundete sich in ihrer Leistung auch ein großer Fleiß, welchen das Kind auf die Lösung der Aufgabe verwandt hatte, ein Fleiß, der aus einem künstlerischen Ernst entspringt, den man am allerwenigsten bei einem Kinde zu suchen berechtigt ist. Sie hatte ihre Rolle sicher und fest auswendig gelernt, sprach correct, spielte natürlich und tanzte mit Grazie. Bei alledem können wir nicht sagen, daß wir in dem Kinde eine bedenkliche Frühreife wahrgenommen. Es war eine gewisse Decenz in dem ganzen Auftreten der kleinen Actrice, welche den kindlichen Character wahrte. Rosa Dill (Landwehrmann Schulze) bewies, daß sie die Tochter einer sehr talentvollen Mutter ist und bereits eine gute Unterweisung in der Schauspielkunst gehabt hat. — Wie wir hören, wird die so überaus beifällig aufgenommene Kinder-Comödie am nächsten Sonntage wiederholt werden. An einem zahlreichen Besuch wird es nicht fehlen.

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Ein gefährlicher Dieb], der bereits vielfach bestrafte Arbeiter Carl Reinhold Krajewski, der schon seit geraumer Zeit die Dieberei gewerbsmäßig betrieben, befand sich gestern mit seinem Geschäftsfreunde, dem Arbeiter Carl Ferdinand Feierke, auf der Anklagebank. Gegen Krajewski lagen vier Anklagen vor. Die erste betraf ein am 30. December v. J. im Hause des Brauereibesitzers Herrn Roloff versuchten Diebstahl. Der Angeklagte, welcher vor einiger Zeit im Geschäfte des Herrn Roloff in Arbeit gestanden, hatte sich am Nachmittage des benannten Tages in das Haus geschlichen und dort eine Kammer besucht, in welcher sich verschiedene Kleidungsstücke befanden. Indessen war er von einem zum Roloff'schen Geschäft gehörenden Manne, dem Müller Schmidt, der ihn persönlich kannte, gesehen worden. Dieser lief ihm nach, doch ehe er noch die Kammer erreichte, kam ihm schon Krajewski, der wahrscheinlich die Fußtritte des Verfolgers gehört, entgegen und gab als Grund für seine Anwesenheit an, daß er einen ihm befreundeten Arbeiter der Brauerei besucht habe oder besuchen wolle. Als er nach dem Namen desselben gefragt wurde, nannte er einen Arbeiter, der sich schon seit Monaten nicht mehr in der Brauerei befand. Mehr als durch diese Ausrede konnte er sich nicht verdächtigen. Indessen fand man auch in der Kammer die Kleidungsstücke in der Weise zusammengebunden, wie es zum bequemen Forttragen derselben nöthig war. — Zu welchem andern Zwecke hätte sie wohl Krajewski zusammenbinden sollen, als um sie zu stehlen? Die zweite gegen ihn erhobene Anklage betraf einen beim Kaufmann Hrn. Napierski am Vorstädt. Graben am 2. Jan. d. J. verübten Bettendiebstahl, — die dritte einen am 14. Jan. im Lokale der Eisenhardt'schen Brauerei verübten Diebstahl an einer Menge von Kleidungsstücken und die vierte einen im Hause des Tischlermeisters Bartsch verübten Betten- und Kleiderdiebstahl. Feierke ist der Theilnahme an dem, in der dritten Anklage bezeichneten Diebstahl beschuldigt. Krajewski war in Betreff der beiden letztgenannten Diebstähle geständig, läugnete aber, einen Diebstahl im Roloff'schen Hause versucht, und ebenso, den bei Napierski verübt zu haben. Doch wurde er in beiden Fällen durch die Zeugenaussagen überführt. — Daß er am 2. Januar in dem Hause, in welchem Herr Napierski wohnt, gewesen sei, läugnete er nicht. Indessen klang der Grund, welchen er für seine Anwesenheit in demselben angab, so fabelhaft, daß er dadurch selbst den größten Verdacht gegen sich aussprach. Er habe, sagte er, sich am 2. Januar an einem Brunnen des Vorstädtischen Grabens befunden und gehört, daß bei einer Herrschaft des Hauses, in welchem Napierski wohne, ein neues Mädchen von auswärts anziehen wolle. Da habe er sich gesagt, dies neue Mädchen könne aus Riesenburg sein, wo er Verwandte und Freunde habe, und es sei leicht, auf diese Weise von dem Mädchen über dieselben Nachricht zu erhalten. Er habe nur sehen wollen, ob das alte Mädchen schon ab- und das neue angezogen sei. Nach der Zeugenaussage, die Frau Napierski mit großer Bestimmtheit abgab, unterlag es keinem Zweifel, daß er den Diebstahl verübt hatte. — Der Herr Staatsanwalt beantragte gegen Krajewski eine Gefängnißstrafe von 3 Jahren und Stellung unter Polizei-Aufsicht auf 5 Jahre. Der hohe Gerichtshof erkannte dem Antrage gemäß. — Die Verhandlung gegen Feierke, der ein paar Stunden nach Verübung des Diebstahls in der Eisenhardt'schen Brauerei mit Krajewski zusammen in einem

Schanklokal getroffen worden war, mußte die Verhandlung vertagt werden, weil, da er läugnete, sich noch die Vernehmung einiger Zeugen behufs seiner Ueberführung als nothwendig herausstellte.

Handel und Gewerbe.

Danzig, 24. April. Das Wetter blieb bis gestern trocken, bei Ost- Süd- und Südwest-Wind, während letzter Nacht hatten wir den ersten Regen und heute stürmt es aus Westen. — Vom Auslande wird über günstige Witterung und ungünstige Marktverhältnisse berichtet. Alle Plätze Englands haben jetzt eine schwache Zufuhr aber der Werth von Weizen ist nur kaum behauptet. Frankreich bewegt sich in indifferenter Stimmung weiter, es importirt weder noch hat es Export, finden indessen volle Befriedigung seiner Bedürfnisse aus der eigenen Zufuhr. In Newyork war der Getreidehandel sehr flau, der Vorrath von brauchbarem Weizen ist auf ein sehr kleines Quantum reducirt und die Eröffnung der Canäle sollte eben erst statthaben. — Unser Markt gerieth nach und nach in eine immer flauere Stimmung, der Umsatz in Weizen, im Ganzen 1300 Last, wurde mit jedem Tage schwächer, bis daß endlich der günstigere Wind eine Menge Schiffe einbrachte und dadurch verstärkte Kauflust hervorgelockt wurde. Der Werth aller Gattungen Weizen ist aber unterdessen 1 bis 2 Sgr. billiger geworden, und namentlich sind die gewöhnlichen bunten Sorten 126 bis 129pfd., schwer zu verkaufen, bringen auch nur kaum fl. 465 bis fl. 480; hellbunte 128.31pfd. fl. 485—500; hochbunte 130.33pfd. fl. 505—520; feine Qualität 133 bis 135pfd. fl. 520—530; alles pr. 5100pfd. Z.-G. In Roggen hatten wir kein unbedeutendes Geschäft, jedoch konnten die Preise nichts besser werden, weil reichliches Angebot namentlich von Berliner Speculanten hier stets am Markte blieb und Lieferung pr. Mai sowohl, wie schwimmende Ladungen, gerne zu fl. 310 auf Connoissement abgegeben wurden. Von Loco- und kurze Lieferung sind ca. 800 Last verkauft und der Preis für 122pfd. effectiv stellte sich fest auf 52 Sgr., von 125pfd. auf 52½—53 Sgr. pr. 81⅝pfd. Erbsen und Gerste ohne Veränderung im Preise wie in der Nachfrage, wir beziehen uns auf obige Notirungen. Spiritus zu Thlr. 14⅓—14½ und etwas mehr begehrt.

Meteorologische Beobachtungen.

23	4	332,15	+ 12,7	WSW. stark, durchbrochen.
24	8	334,81	5,1	NNW. mäßig, hell u. schön.
	12	335,40	7,9	do. do. do. wolkig.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angekommen am 23. April:

Noble, Eagle, v. Grangemouth, m. Kohlen. Eybe, Dampfschiff Borussia, v. Stettin, m. Gütern nach Königsberg bestimmt. — Ferner 2 Schiffe mit Ballast.

Angekommen am 24. April:

Bremer, Julius, v. Hamburg, m. Stückgut. Erichsen, Otto u. Olaf, v. Hartlepool, m. Kohlen. Mandema, Gertrude Jantina, v. London, m. Cement. Huizing, Delia, v. Antwerpen, m. Gütern. Stephan, George Brown; u. Kniper, Ulrika Ellida, v. Newcastle, m. Kohlen. Leffers, 3 Gebröders, v. Bremen, m. Gütern. Haas, Alida Dyk, v. London, m. Cement. Groopelaar, Provinzie Overyssel, v. Dysart, m. Kohlen. de Jonge, Aurora, v. Delfshaven; Beumée, Hermanus Gerhardus, v. Dortrecht; Kruitzinga, Reina; u. Bart, 3 Gezysters, v. Amsterdam, m. alt Eisen. Wahl, Maria, v. Stettin, m. Gütern. Ferner 25 Schiffe mit Ballast.

Gesegelt:

J. Wright, Dampfschiff Ironmaster, n. Hartlepool, mit Getreide. Wind: NW.

Producten-Berichte.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 24. April:

Weizen, 250 Last, 134.35pfd. fl. 540; 134pfd. fl. 532½; 85pfd. 2lth. fl. 525; 130pfd. fl. 507½; 80pfd. 27lth. fl. 495; 128pfd. fl. 486; 81pfd. 23lth. fl. 475; 124pfd. hell fl. 480 Alles pr. 85pfd.
Roggen, 122pfd. fl. 312 pr. 125pfd.
Erbsen w. fl. 308.

Berlin, 23. April. Weizen loco 58—71 Thlr.
Roggen loco 45⅛ Thlr.
Gerste, große und kl. 32—39 Thlr.
Hafer loco 22—24½ Thlr.
Erbsen, Koch- 44—48 Thlr., Futterwaare 40—42 Thlr.
Rüböl loco 15⅙ Thlr.
Leinöl loco 15¼ Thlr.

Stettin, 23. April. Weizen 61—71 Thlr.
Roggen 43¼—43½ Thlr.
Rüböl 15¼ Thlr.
Spiritus 14½ Thlr.

Königsberg, 23. April. Weizen 72—86 Sgr.
Roggen 50½—53¾ Sgr.
Gerste gr. 32—43 Sgr. kl. 30—39 Sgr.
Hafer 26 Sgr.
Erbsen 49 Sgr.
Leinöl 15 Thlr.
Rüböl 15 Thlr.
Thimotheum 5⅓ Thlr.
Spiritus 15⅙ Thlr. pr. 8000 % Tr.

Breslau, 22. April. Weizen pr. 85pfd. weißer 65—77 Sgr., gelber 66—74 Sgr. — Roggen pr. 84pfd. 49—52 Sgr. — Gerste pr. 70pfd. weiße 38—39 Sgr., gelbe 34—37 Sgr. — Hafer pr. 50pfd. schles. 25—27 Sgr. — Erbsen 43—48—52 Sgr. — Wicken 32—38—42 Sgr. pr. 150 Pfd. — Rappkuchen 48—51 Sgr. pr. Ctr. — Schlaglein 180—190—200 Sgr. — Lupinen 40—45 Sgr. — Kleesaat rothe ord. 8½—10½ Thlr., mittlere 11¼—12½ Thlr., feine 13½—14½ Thlr., hoch- u. extrafeine 15½—16¾ Thlr., weiße ord. 8—9½ Thlr., mittlere 10—13 Thlr., feine 14—16¾ Thlr., hochfeine 17½—18½ Thlr. — Schwedischer Klee — Thlr. pr. Ctr. Thymothee 5—6½ Thlr. pr. Ctr. — Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. 15—18 Sgr.

Angekommene Fremde.

Im Englischen Hause:

Lieut. und Rittergutsbes. Steffens n. Gattin aus Gr. Golmkau. Die Kaufl. Riedel a. Bremen, R. Laan u. D. Laan a. Amsterdam u. Bünk a. Saarbrücken.

Hotel de Berlin:

Die Kaufl. Wüst a. Hamburg, Berlin a. Berlin u. Löffler a. Mainz. Dr. Szultr a. Posen.

Schmelzer's Hotel:

Rittergutsbes. Kersten a. Buchwalde. Gutsbesitzer Schröder a. Klotnow. Rentier Herzog a. Königsberg. Fabrikant Görsch a. Meerane. Die Kaufl. Mosbach a. Lübeck, Prühl a. Glauchau, Beyer a. Memel und Clauß a. Halle.

Hotel de Thorn:

Die Kaufl. Tzitschke a. Sprottau, Emmerich aus Stuhm, Krüger a. Berlin und Senger a. Nürnberg. Oekonom Hildebrand a. Mecklenburg. Baumeister Rose a. Berlin. Gutsbes. Ziehm n. Gattin a. Sprauden u. Speiser a. Königsberg.

Bujack's Hotel:

Rittergutsbes. v. Wybickin a. Strasburg. Rentier Müller a. Mühlhausen.

Berliner Börse vom 23 April 1863.

	Zf.	Br.	Gld.
Pr. Freiwillige Anleihe	4½	102⅛	101⅝
Staats-Anleihe v. 1859	5	106¾	106¼
Staats-Anleihen v. 1854, 55, 57	4½	102⅛	101⅝
do. v. 1859	4½	102⅛	101⅝
do. v. 1856	4½	102⅛	101⅝
do. v. 1850, 1852	4	99⅛	98⅝
do. v. 1853	4	99⅛	98⅝
do. v. 1862	4	99¼	98¾
Staats-Schuldscheine	3½	90⅜	89⅞
Prämien-Anleihe v. 1855	3½	129½	128½

	Zf.	Br.	Gld.
Ostpreußische Pfandbriefe	3½	—	88¼
do. do.	4	98	—
Pommersche do.	3½	91⅜	90⅞
do. do.	4	101	—
Posensche do.	4	—	103½
do. do.	3½	98¼	—
do. neue do.	4	97	96½
Westpreußische do.	3½	87¼	—
do. do.	4	97½	97
do. do. neue	4	97	96½

	Zf.	Br.	Gld
Danziger Privatbank	4	106	105
Königsberger Privatbank	4	101¾	—
Pommersche Rentenbriefe	4	100	99½
Posensche do.	4	97½	97
Preußische do.	4	99½	99
Preußische Bank-Antheil-Scheine	4½	128½	—
Oesterreich. Metalliques	5	67½	66½
do. National-Anleihe	5	72¾	—
do. Prämien-Anleihe	4	85	84
Polnische Schatz-Obligationen	4	82¼	—

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.